

Einführung: Flüchtlinge im Verschiebebahnhof EU

Flüchtlinge sind in der Europäischen Union (EU) nicht willkommen. Mit dem Argument der Bekämpfung der »illegalen Migration« werden die Zäune um Europa immer höher gezogen. Die Menschen, die nach Europa fliehen, werden als Illegale diffamiert und bekämpft. Die Flüchtlingsabwehr soll mit der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX perfektioniert werden.

Ergebnis der Abschottungsstrategie ist, dass immer weniger Flüchtlinge noch das Territorium der EU erreichen. In Deutschland wurden von Januar bis Dezember 2007 insgesamt nur 19.164 neue Asylanträge registriert – der niedrigste Stand seit 1977. Auch in der Europäischen Union sinken die Zahlen der Asylanträge von Jahr zu Jahr. Im Jahr 2006 wurden nur noch 192.300 neue Asylanträge im gesamten EU-Gebiet verzeichnet (Quelle: Eurostat). Wie aber geht die EU mit den Flüchtlingen um, die es noch nach Europa schaffen? Bekommen die Flüchtlinge ein faires Asylverfahren? Wie sind die Chancen, in der EU als Flüchtling anerkannt zu werden? Eine Antwort auf diese Fragen heißt im Insiderjargon »Dublin II«. Dies ist eine Verordnung, mittels derer die EU-Staaten ihre Zuständigkeit für die einzelnen Asylgesuche bestimmen. Grundsätzlich soll der Asylantrag nur in einem Mitgliedstaat geprüft werden und Mehrfachanträge in der EU vermieden werden.

PRO ASYL kritisiert, dass das Dublin-System dazu geführt hat, dass die EU im Umgang mit Flüchtlingen zu einem Verschiebebahnhof geworden ist. Es hat sich ein regelrechter Wettbewerb zwischen den EU-Staaten darum entwickelt, wer die meisten Flüchtlinge an die Nachbarstaaten loswird. Die Bedürfnisse der Flüchtlinge werden dabei missachtet. Nur selten übernehmen Staaten freiwillig die Verantwortung für Flüchtlinge. Dabei gibt es oftmals humanitäre Gründe, warum Asylsuchende nicht abgeschoben werden sollten – zum Beispiel familiäre Bindungen, Therapiemöglichkeiten für traumatisierte Flüchtlinge oder Vermeidung von Haft.

Die Abschiebung in einen anderen EU-Staat verstößt gegen das Flüchtlingsrecht, wenn in diesem Staat kein Zugang zum Asylverfahren gewährt wird. In Griechenland und Tschechien beispielsweise wurden Asylanträge nicht mehr geprüft, nachdem die Flüchtlinge wegen der Dublin II-Verordnung dorthin überstellt wurden. Ohne Asylverfahren haben Flüchtlinge jedoch keine Chance auf einen Schutzstatus und können in letzter Konsequenz in den Verfolgerstaat abgeschoben werden. Dort können Folter oder Tod drohen. Die Gefahr einer solchen Kettenabschiebung wird von den deutschen Behörden und Gerichten regelmäßig ignoriert.

Gegen das gegenwärtige Zuständigkeitsverfahren spricht außerdem, dass es ein bürokratisches Monster darstellt, in dem der Mensch nur als Zahl, als Objekt einer Entscheidung verwaltet wird, aber nicht als mit Rechten, Vorstellungen und Zielen oder Wünschen ausgestattetes Individuum respektiert wird. Menschen werden nach fast ausschließlich formellen Kriterien verteilt und verschoben, rückverteilt und rücküberstellt, ohne dass ihre Wünsche und Vorstellungen, ihre Fähigkeiten oder Integrationschancen eine entscheidende Rolle spielen. Die Flüchtlinge sind Verteilmasse und nichts anderes. Ihre Menschenwürde wird nicht respektiert. Dieses bürokratische Verfahren ist außerdem aufwändig und damit teuer. Das Geld fehlt dann an anderer Stelle. Oft ist das Verfahren auch langwierig – für die Betroffenen bedeutet dies eine Existenz im Wartesaal mit ungeklärtem Status und Verlust an Lebenszeit. Sie können nicht ihre Zukunft planen, sich nicht um ihre Weiterbildung und Integration kümmern, keine Familie gründen oder aber die Traumata der Flucht und Vertreibung bearbeiten.

In der Praxis schwächt das Dublin-System den Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK). PRO ASYL fordert: Die Weichen für den Flüchtlingsschutz in der EU müssen grundlegend neu gestellt werden!

PRO ASYL will mit dieser Broschüre Folgen des »Europäischen Verschiebebahnhofs Dublin II« erläutern. Während unter I. bis III. Hintergründe und praktische Probleme des Dublin-Systems dargestellt werden, gibt Abschnitt IV. eine Einführung in den rechtlichen Rahmen der Dublin II-Verordnung.